KONRAD ADENAUER STIFTUNG
Frankreich

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

3. – 10. Februar 2023

Bei einem Treffen mit Bundeskanzler Olaf Scholz und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron am 8. Februar in Paris hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj erneut die Lieferung von Kampfjets und schweren Waffen gefordert. Emmanuel Macron versprach im Rahmen der Pressekonferenz vor dem Elysée-Palast „Unterstützung bis zum Sieg". Auf die Forderungen nach Kampfjets ging er in seinem Statement nicht ein. Macron und Selenskyj reisten am 9. Februar gemeinsam zum Gipfel der Europäischen Union nach Brüssel. In einem Pressestatement im Rahmen des Gipfeltreffens betonte der französische Präsident, dass er die Lieferung von Kampfjets nicht kategorisch ausschließt.

Das französische Außenministerium hat am 9. Februar angekündigt, dass es nach dem Erdbeben eine Nothilfe für die syrische Bevölkerung in Höhe von 12 Millionen Euro bereitstellen wird. Diese Hilfe werde „in Verbindung mit Nichtregierungsorganisationen und den Vereinten Nationen in allen von den Erdbeben betroffenen Regionen" verteilt und ändere nichts an der „politischen Haltung" Frankreichs gegenüber dem Regime von Baschar al-Assad.

Die Gegner der Rentenreform haben am 7. Februar 2023 erneut demonstriert. Die französische Gewerkschaft CGT zählte 2 Millionen Demonstranten in ganz Frankreich. Das Innenministerium erfasste 757.000 Demonstranten insgesamt, davon 57.000 in Paris. Zug- und U-Bahnverkehr bei der SNCF und der RATP waren „stark beeinträchtigt". Die Streikquote bei den Verkehrsbetrieben lag jedoch lediglich bei 25 % (zum Vergleich: 19. Januar: 46%; 31. Januar 36%). Im Luftverkehr forderte die Generaldirektion für Zivilluftfahrt (DGAC) die Fluggesellschaften wie an den beiden vorangegangenen Streiktagen auf, 20 % ihrer Flüge in Paris-Orly zu annullieren. Beim Energiekonzern EDF streikten 36,9 % der Belegschaft. Es kam zu erheblichen Produktionsrückgängen in den Kraftwerken: Diese betrugen 6 160 MW, was der Leistung von sechs Atomreaktoren entspricht. Die Gewerkschaften haben bereits zu einem vierten Tag Streiktag aufgerufen, der am 11. Februar stattfinden wird.

Der französische Verkehrsminister Clément Beaune will innerhalb von zwei Jahren ein „Einheitsticket" für alle öffentlichen Verkehrsmitteln in Frankreich einführen. Am 8. Februar hatte das Ministerium in Paris einen Hackathon zu dem Thema organisiert. „Durch innovative und konkrete Lösungen kann man den Alltag der Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs in Frankreich revolutionieren", betonte der Minister in einer Pressemitteilung. Das Einheitsticket soll nun in verschiedenen Regionen Frankreichs ab Ende 2023 getestet werden. Zudem wird eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus den Mobilität zuständigen Behörden die Modalitäten für die Einführung eines Einheitsfahrscheins auf nationaler Ebene festlegen.

Am 8. Februar haben Landwirte mit Traktoren Teile des Pariser Stadtverkehrs lahmgelegt, um ihrem Ärger über die Einschränkung des Pestizideinsatzes Ausdruck zu verleihen. Der öffentliche Sender France 2 zählte rund 2.000 Teilnehmer, während die Gewerkschaft FNSEA 3.000 Teilnehmer und 620 landwirtschaftliche Maschinen meldete. Die Landwirte reagierten mit der Demonstration auf die Entscheidung der Regierung vom 23. Januar, auf die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung zu verzichten, die den Einsatz von Neonicotinoiden für den Anbau von Zuckerrüben erlaubt. Dies entspricht einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs.

KONRAD ADENAUER STIFTUNG
Frankreich

Die französische Außenministerin Catherine Colonna besuchte am 8./9. Februar Brasilia und São Paulo, um die Beziehungen zwischen Frankreich und Brasilien nach der Wahl des neuen Präsidenten Luiz Inacio Lula da Silva politisch „neu zu beleben“. Die diplomatischen Beziehungen hatten sich unter der Präsidentschaft von Jair Bolsonaro stark verschlechtert, insbesondere 2019, als der brasilianische Staatschef und einer seiner Minister scharfe Kritik am französischen Präsidenten Emmanuel Macron und seiner Frau Brigitte geübt hatten. Emmanuel Macron hatte seinerseits Brasiliens Umgang mit den Bränden im Amazonasgebiet unter der Präsidentschaft Bolsonaro kritisiert.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Senatspräsident Gérard Larcher (Les Républicains) und der Fraktionsvorsitzende des bürgerlich-konservativen Lagers im Senat, Bruno Retailleau, haben Senatoren und Abgeordnete öffentlich zur „Verantwortung“ in Bezug auf die Rentenreform aufgerufen. Insbesondere der stellvertretende Parteivorsitzender Aurélien Pradié kritisiert derzeit die in der Rentenreform vorgesehenen Maßnahmen. Seiner Meinung nach schützt sie Arbeitnehmer mit langen beruflichen Laufbahnen nicht ausreichend; er will in der Nationalversammlung gegen die Reform stimmen. Senatspräsident Gérard Larcher erinnerte in einem Radiointerview an die Werte des bürgerlich-konservativen Lagers, die „Arbeit, Solidarität zwischen den Generationen sowie Kontrolle der öffentlichen Finanzen“ umschließen. Pradié rief er dazu auf, im Einklang mit seiner politischen Familie für das Gesetz zu stimmen. Der LR-Fraktionsvorsitzende Bruno Retailleau betonte, dass sich die Partei durch ihre Zögerlichkeit in Hinblick auf die Reform in ihren eigenen Widersprüchen verstrickt und so gegenüber den Wählern an Glaubwürdigkeit verliert.

DIE ZAHL DER WOCHE

Die Zahlen des französischen Statistikamts Insee sind eindeutig: Die Einwohnerzahl von Paris ist von 2.240.621 im Jahr 2012 auf 2.117.702 im Jahr 2022 gesunken, was einem Rückgang von 122.919 Einwohnern in zehn Jahren entspricht. Während die Oppositionsparteien im Pariser Stadtrat den Rückgang der Einwohnerzahl als Zeichen für die sinkende Attraktivität der französischen Hauptstadt werten, begrüßte die Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo (Parti socialiste) die Entwicklung. Die „Entdichtung“ der Stadt sei Ziel ihrer Politik – der Ausbau des Großraumes Paris im Rahmen des urbanen Projekts Grand Paris habe dazu beigetragen. In Paris wohnen durchschnittlich 20.500 Einwohnern pro km² - in einigen Vierteln im Norden der Stadt sind es 38.000 pro km².

Konrad-Adenauer-Stiftung Frankreich
15 bis rue de Marignan, 75008 Paris
T +33 15669-1500
www.kas.de/fr/web/frankreich